

newsletter verbraucherpolitik eu aktuell

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik	1
Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr	2
Finanzdienstleistungen	4
Gesundheit / Ernährung	4
Telekommunikation / Medien / Internet	6
Wirtschaftsfragen / Wettbewerb	7
Terminvorschau	7

Allgemeine EU-Verbraucherpolitik

1. EU-Kommission startet Konsultation zu grenzüberschreitendem Verbraucherschutz

Die EU-Kommission fragt seit 11. Oktober 2013 Verbraucher, Verbände und Unternehmen wie der Verbraucherschutz über Landesgrenzen hinweg gestärkt werden kann. Neven Mimica, EU-Kommissar für Verbraucherpolitik, sagte dazu: "Eine meiner Prioritäten ist die effektive Umsetzung der Verbraucherrechte. Heute ist ganz Europa unsere Einkaufsmeile. Ich möchte von den Verbrauchern, Geschäftsinhabern und Unternehmen erfahren, wie wir den Verbraucherschutz insbesondere über die Grenzen hinweg verbessern können, ohne mehr Bürokratie zu schaffen."

Noch bis zum 31. Januar 2014 werden Antworten darauf gesucht, wie nationale Stellen bei Verstößen gegen das Verbraucherrecht besser zusammenarbeiten können, wie rechtswidrige Praktiken besser verhindert werden und die Rechte der Verbraucher besser durchgesetzt werden können. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die laufenden Arbeiten an der Verbesserung des europaweiten Netzwerks der nationalen Verbraucherschutzbehörden einfließen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11733_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-936_de.htm

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dgs_consultations/ca_current_consultations_en.htm

2. Verbot unlauterer Geschäftspraktiken gilt auch für Krankenkassen

Im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen der deutschen Betriebskrankenkasse Mobil Oil und der Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (e.V.), klärte der Europäische Gerichtshof den Anwendungsbereich der EU-Richtlinie über den unlauteren Wettbewerb. Mit seinem Urteil stellte der Gerichtshof fest, dass diese Richtlinie auch für eine Körperschaft des öffentlichen Rechts gilt. Die Richtlinie nehme solche Einrichtungen nämlich nicht ausdrücklich aus ihrem Anwendungsbereich aus. Zudem erfordere es das Ziel der Richtlinie, in Bezug auf unlautere Geschäftspraktiken und insbesondere irreführende Werbung ein hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten. Dieser Schutz sei daher unabhängig vom öffentlichen oder privaten Charakter der fraglichen Einrichtung zu garantieren.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-10/cp130126de.pdf>

verbraucherpolitik eu aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt Ihnen einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Berichtszeitraum
30. September bis 13. Oktober 2013

Impressum

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
Markgrafenstraße 66
10969 Berlin

Referentin Internationales
Maren Osterloh M.A.
eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter nehmen wir gerne entgegen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=142606&pageIdex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=178939>

Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr

1. Konsultation zur Evaluierung der Energiekennzeichnungs-Richtlinie

Die EU-Kommission führt eine öffentliche Anhörung zur Energiekennzeichnungs-Richtlinie durch. Das obligatorische EU-Energieetikett wurde zum ersten Mal 1992 vorgeschrieben und 2010 durch die erneuerte Richtlinie aktualisiert. Derzeit gilt es für mehr als zehn Produktgruppen, und die Zahl der Gerätegruppen nimmt stetig zu. Das wichtigste Element der Etikettierung ist eine in sieben Klassen eingeteilte Skala (A–G) zur Bewertung der Energieeffizienz eines Geräts. Gegebenenfalls kann die Skala im oberen Bereich um die Klassen A+, A++ und A+++ erweitert werden.

Die Konsultation soll auch Ergebnisse zu einzelnen Aspekten der Ökodesign-Richtlinie erbringen. Die Ökodesign-Richtlinie wurde 2005 eingeführt und 2009 aktualisiert. Sie legt EU-weite Mindeststandards im Hinblick auf Energieverbrauch und Umweltfreundlichkeit fest und soll die ineffizientesten und leistungsschwächsten Produkte aus dem Markt drängen. Sie gilt für energiebetriebene und energieverbrauchsrelevante Produkte und legt für mehr als 20 Produktgruppen spezifische Maßnahmen fest. Auch hier kommen laufend neue Produktgruppen hinzu.

Die EU-Kommission erbittet bis 30. November 2013 Beiträge zu beiden Richtlinien. Die Umfrage liegt in zwei Versionen vor. Eine vereinfachte Version richtet sich an Verbraucher sowie kleine und mittlere Unternehmen (Einzelhändler und Hersteller), steht in allen Sprachen der EU zur Verfügung und enthält lediglich Fragen mit Antwortvorgaben zum Ankreuzen. Eine vollständige Version richtet sich an alle anderen Interessenträger wie etwa Verbände oder Vertreter der Industrie, ist nur

in Englisch verfügbar und lässt auch frei formulierte Textbeiträge zu.

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/consultations/doc/2013_energy_directive/de_directive2013.pdf

2. Verbot von Cadmium in Batterien für Elektrowerkzeuge

Am 10. Oktober 2013 billigte das Europäische Parlament eine Gesetzesänderung wonach Cadmium in Gerätebatterien und -akkus verboten wird. Dies betrifft insbesondere schnurlose Elektrowerkzeuge wie Bohrmaschinen, Schraubenzieher oder Sägen. Die Neuregelung soll ab dem 1. Januar 2017 gelten. Das Europäische Parlament setzte ferner ein Verbot von Quecksilber in Knopfzellen ab Herbst 2015 (21 Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie) durch. Mit dem EU-Ministerrat ist bereits eine informelle Einigung erzielt worden, so dass dessen förmliche Zustimmung als Formsache gilt.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131004IPR21519/html/Parlament-stimmt-f%C3%BCr-Verbot-von-Cadmium-in-Batterien-f%C3%BCr-Elektrowerkzeuge>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0417+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

3. Europäisches Parlament für verpflichtende Umweltprüfung vor Schiefergasförderung

Das Europäische Parlament hat am 9. Oktober 2013 vorgeschlagen, dass vor jedem Fracking-Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss. Das Europäische Parlament sprach sich ferner für eine umfassende Information der Öffentlichkeit aus.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131004IPR21541/html/Fracking-Umweltvertr%C3%A4glichkeitspr%C3%BCfung-vor-jedem-neuen-Projekt>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120913STO51335/html/Verpflichtende-Umweltpr%C3%BCfung-vor-Schiefergasf%C3%B6rderung-%28Infografik%29>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0413+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

4. Europäisches Gericht erweitert Zugang zu Umweltinformationen

Das Europäische Gericht verurteilte am 8. Oktober 2013 die EU-Kommission zur Herausgabe von Informationen über das Pflanzenschutzmittel Glyphosat. Geklagt hatten die niederländische Stiftung Greenpeace und die belgische Nichtregierungsorganisation Pesticide Action Network Europe (PAN Europe). Gegenstand des Verfahrens war ein Bewertungsbericht über Glyphosat, den die Bundesrepublik Deutschland entsprechend der EU-Richtlinie über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln erstellt hatte. Die EU-Kommission hatte den Zugang mit der Begründung verweigert, dass die Bundesrepublik damit nicht einverstanden sei. Für die Bundesrepublik wiederum ging es darum, die geschäftlichen Interessen der beteiligten Unternehmen zu wahren.

Die Bundesrepublik vertrat die Ansicht, dass das streitige Dokument vertrauliche Informationen über die Rechte des geistigen Eigentums der Hersteller von Glyphosat enthalte, und zwar die genaue chemische Zusammensetzung des Wirkstoffs, genaue Informationen zum Herstellungsverfahren des Stoffes, Informationen zu Verunreinigungen, zur Zusammensetzung der Endprodukte und zu den Vertragsbeziehungen zwischen den betroffenen Herstellern. Das Gericht entschied jedoch, dass Informationen mit Bezug zu Emissionen in die Umwelt aus überwiegendem öffentlichem Interesse herausgegeben werden müssten. Gegen dieses Urteil kann ein Rechtsmittel beim Europäischen Gerichtshof eingelegt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=142701&pageInd>

[ex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1136702](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20120913STO51335/html/Verpflichtende-Umweltpr%C3%BCfung-vor-Schiefergasf%C3%B6rderung-%28Infografik%29)

5. Diskussion über Änderung der Rechte der Flugpassagiere

Die europäischen Verkehrsminister führten am 10. Oktober 2013 eine Aussprache über den Vorschlag zur Änderung der Rechte der Flugpassagiere. Die meisten Minister billigten den Ansatz der EU-Kommission, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Fluggesellschaften und denen der Flugpassagiere zu finden. Wenig Unterstützung fand der Vorschlag, Entschädigungszahlungen an die Höhe des Flugpreises zu koppeln. Weiterer Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der vorgeschlagenen Regelungen für verpasste Anschlussflüge.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/138977.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st13/st13830.de13.pdf>

6. Strengere Vorschriften für Sportboote und Wassermotorräder

Das Europäische Parlament billigte am 9. Oktober 2013 einen Vorschlag für eine Richtlinie über Sportboote und Wassermotorräder. Der Vorschlag stellt eine weitgehende Modernisierung der bestehenden EU-Vorschriften für Sicherheits- und Umweltauflagen an „Wasserfahrzeuge“ zu privaten Verwendungszwecken dar. Erfasst werden Boote für Freizeit, Sport und Ausbildung, einschließlich Mietfahrzeugen, mit oder ohne Belegschaft. Die wesentlichen Anforderungen beziehen sich hauptsächlich auf Stabilität und Schwimmfähigkeit, Motor- und Elektrosicherheit, Abgas- und Geräuschemissionen. Der Vorschlag bedarf noch der Zustimmung des EU-Ministerrats. Da bereits informell eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat erzielt worden ist, gilt dies als Formsache.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0407+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

7. Europäisches Parlament unterstützt Flugzeitbeschränkungen für Piloten

Das Plenum des Europäischen Parlaments erhob am 9. Oktober 2013 keine Einwände gegen einen Vorschlag für eine Durchführungsverordnung der EU-Kommission zu Flugdienstzeiten. Der Vorschlag zielt auf eine Verbesserung der derzeitigen Flugzeitregelungen ab. Er sieht unter anderem eine Beschränkung der Nachtflugzeit auf 11 Stunden und zusätzliche Beschränkungen der Flugzeiten über einen Zeitraum von 12 Monaten vor, sowie zusätzliche Ruhezeiten, um kumulative Müdigkeit nach langen Flügen und Wechsel von Zeitzonen auszugleichen. Derzeit ist die Nachflugzeit auf 11 Stunden und 45 Minuten begrenzt.

Da der EU-Ministerrat ebenfalls keine Einwände erhoben hat kann die EU-Kommission die Durchführungsverordnung nunmehr annehmen. Der für Verkehr zuständige Kommissionsvizepräsident Siim Kallas kündigte ein Inkrafttreten zum Jahresende an. Nach zwei Jahren sollen die Neuregelungen voll anwendbar sein.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131007IPR21623/html/Das-EU-Parlament-unterst%C3%BCtzt-Flugzeitbeschr%C3%A4nkungen-f%C3%BCr-Piloten>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-928_en.htm

Finanzdienstleistungen

Europäische Finanzaufsichtsbehörden haben Verbraucherschutz auf der Tagesordnung

Am 2. Oktober 2013 hat der Gemeinsame Ausschuss der Europäischen Aufsichtsbehörden sein Arbeitsprogramm für 2014 vorgelegt. In diesem Ausschuss sind die drei folgenden Behörden vertreten: Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA), Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPA) und Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde

(ESMA). Wie im laufenden Jahr sollen der Verbraucherschutz und die sektorübergreifende Risikoanalyse hohe Priorität erhalten.

Im Jahr 2014 wird ein zweiter Verbraucherschutztag in London veranstaltet. Wichtige Themen für den Verbraucherschutz sind: Verpackte Investmentprodukte für Privatanleger (Packaged Retail Investment Products, PRIIPs), Behandlung von Beschwerden, Vermarktung von Aktien und Anleihen einer Bank an die eigenen Kunden, Vertrieb von Zusatzprodukten (cross-selling) und Portale für Angebotsvergleiche.

Parallel zum Gemeinsamen Ausschuss legte die EBA ihr Arbeitsprogramm für 2014 vor. Wichtige Themen sind die Richtlinie zu Hypothekenkrediten, das vorgeschlagene Bankkontopakete, die geplante Überprüfung der Zahlungsdienste-Richtlinie und die Platzierung von eigenen Finanzinstrumenten.

<http://www.eba.europa.eu/-/the-joint-committee-of-the-esas-publishes-2014-work-programme>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/15736/JC-2014-051+%28JC+Work+Programme+2014%29.pdf>

<http://www.eba.europa.eu/-/eba-issues-work-programme-for-2014>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/425836/EBA+2014+Work+programme.pdf>

<http://www.eba.europa.eu/documents/10180/425836/EBA+2014+Work+Programme++Annex.pdf>

Gesundheit / Ernährung

1. Europäisches Parlament verschärft Vermarktungsbedingungen für Tabakerzeugnisse

Das Europäische Parlament legte am 8. Oktober 2013 seinen Standpunkt „zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungs-

vorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen" fest. Damit sollen Tabakerzeugnisse weniger attraktiv für junge Menschen gemacht werden.

Nach den geltenden Vorschriften müssen Gesundheitswarnungen mindestens 30 Prozent der Vorderseite und 40 Prozent der Rückseite der Verpackungen von Tabakprodukten ausmachen. Dieser Anteil soll auf 65 Prozent angehoben werden. Die Marke soll jeweils unter den Warnungen stehen. Zigarettenpackungen mit weniger als 20 Zigaretten sollen ebenfalls verboten werden. "Slim"-Zigaretten bleiben erlaubt. Frucht- und Mentholgeschmack wird verboten. Für elektrische Zigaretten gibt es neue Vorschriften. Danach sollen sie aber nur dann wie Arzneimittel betrachtet werden, wenn sie als Mittel zur Heilung oder Verhütung von Krankheiten angeboten werden.

Das Europäische Parlament beauftragte die Berichterstatterin, die britische Sozialdemokratin Linda McAvan, Verhandlungen mit dem EU-Ministerrat zu führen. Ziel ist eine baldige Einigung auf einen gemeinsamen Text. Sobald die neue Tabakrichtlinie vom EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament angenommen und die Richtlinie in Kraft getreten ist, haben die EU-Länder 18 Monate Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. Für die Vorschriften über die Zusatzstoffe gilt eine Frist von 36 Monaten (fünf zusätzliche Jahre für Menthol, insgesamt also acht Jahre).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131004IPR21539/html/Tabakrichtlinie-Gr%C3%B6%C3%9Fere-Gesundheitswarnungen-Aromastoffe-verboten>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0398+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Kontrolle von Schweinefleisch erleichtert

Das Plenum des Europäischen Parlaments erhob am 9. Oktober 2013 keine Einwände gegen einen Vorschlag der Kommission,

wonach Schweinefleisch künftig aufgrund rein visueller Überprüfung als genussfähig erklärt werden kann. Die Mitglieder des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit hatten vor möglichen Hygienerisiken bei diesem Verfahren gewarnt und einen Widerspruch empfohlen. Der Kommissionsvorschlag erlaubt Tierärzten nur dann Fleischkontrollen mittels Durchtasten und Anschneiden, wenn Herkunftszeugnis, frühere Kontrollen oder die visuelle Überprüfung auf Risiken für die Gesundheit von Menschen und Tieren oder für den Tierschutz hindeuten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20131004IPR21518/html/Schweinefleisch-Parlament-stimmt-f%C3%BCr-%C3%9Cberarbeitung-der-Hygienekontrollen>

3. Qualität von fränkischer Kartoffel „Bamberger Hörnla“ anerkannt

Die EU-Kommission hat die bayerische Kartoffel "Bamberger Hörnla / Bamberger Hörnle / Bamberger Hörnchen" in die Liste der geschützten geografischen Angaben (ggA) aufgenommen. Die "Bamberger Hörnla" ist eine traditionelle Kartoffelsorte aus der Region Franken und mit einer charakteristischen Form: klein wie ein Finger und leicht halbmondförmig gekrümmt

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11720_de.htm

4. Änderung der Listen über Aromastoffe und über Lebensmittelzusatzstoffe

Der EU-Ministerrat erhob am 10. Oktober 2013 keine Einwände gegen die Vorschläge für Verordnungen der EU-Kommission zur Änderung und Berichtigung der Listen über Aromastoffe und Lebensmittelzusatzstoffe. Die EU-Kommission kann diese Verordnungen annehmen, wenn auch das Europäische Parlament keine Einwände erhebt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st13/st13110.de13.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/13/st13/st13128.de13.pdf>

Telekommunikation / Medien / Internet

1. Weiterhin Vorbehalte gegen Online-Kauf

Die EU-Kommission veröffentlichte am 2. Oktober 2013 eine Eurobarometer-Umfrage zum EU-Binnenmarkt. Danach hat fast die Hälfte der europäischen Verbraucher (45 Prozent) in den letzten 12 Monaten online eingekauft. 40 Prozent erwarten Waren oder Dienstleistungen im eigenen Land, 11 Prozent in einem anderen EU-Land und 6 Prozent außerhalb der Europäischen Union.

Bei den Käufen im eigenen Land hatten 36 Prozent Probleme, insbesondere hinsichtlich der Auslieferung. 15 Prozent klagten über Auslieferung bei Abwesenheit von der Wohnung, 13 Prozent monierten eine verspätete Auslieferung, 7 Prozent zu hohe Lieferkosten, 5 Prozent eine mangelhafte Verfolgbarkeit des Stands der Auslieferung und 3 Prozent einen zu weit entfernten Abholpunkt. Mängel gab es auch bei den Produkten. 10 Prozent mussten ein Produkt zurücksenden, in 4 Prozent der Fälle entsprach das Produkt nicht dem was bestellt war und in 3 Prozent der Fälle war das Produkt fehlerhaft und es gab Probleme mit der Gewährleistung.

Bei den Käufen in einem anderen EU-Land war die Lage vergleichbar. Auch hier berichteten 36 Prozent von Problemen. Die Zahl der Retouren war aber mit 4 Prozent deutlich geringer.

Bei den Verbrauchern die nicht in den letzten 12 Monaten online in einem anderen EU-Land eingekauft haben ist der Hauptgrund, dass sie keinen Bedarf hatten (37 Prozent). 22 Prozent kaufen lieber in Läden ein. 10 Prozent haben kein Vertrauen in Produkte die sie nicht sehen oder anfassen können und ebenfalls 10 Prozent misstrauen der Sicherheit von Online-Bezahlungen.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_398_sum_en.pdf

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_398_en.pdf

2. EU-Kommission führt Online-Debatte zum E-Commerce

Ab 14. Oktober 2013 führt die EU-Kommission eine Online-Debatte zu Online-Käufen und zum Datenschutz. Am Mittwoch, dem 16. Oktober 2013 nimmt EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso an einem Chat zum elektronischen Handel teil.

Der für Binnenmarkt und Dienstleistungen zuständige EU-Kommissar Michel Barnier sagte: "Handel und Kommunikation über das Internet bieten den Unternehmen und Verbrauchern viele Möglichkeiten. Aber es gibt auch noch zahlreiche Hindernisse: So können Online-Verkäufer mitunter nur schwer herausfinden, welche Pflichten sie zum Beispiel in den Bereichen Mehrwertsteuer und Datenschutz haben. Online-Käufer hingegen erleben nur allzu häufig, dass sie zur Website ihres Heimatlandes zurückgeleitet werden, auf der sie keinen Zugang zu denselben Angeboten haben, oder dass ihre ausländische Bankkarte beim Zahlungsvorgang abgelehnt wird. In den kommenden Tagen können Bürger und Unternehmen auf derartige Hindernisse hinweisen und Verbesserungsvorschläge machen."

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11732_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-935_de.htm

<http://www.yourideasforeurope.eu/de>

3. Google räumt Bedenken wegen Behinderung von Wettbewerbern aus

Der US-Internetkonzern Google hat mit nachgebesserten Verpflichtungszusagen seine Chancen gewahrt, eine EU-Kartellstrafe doch noch abzuwenden. Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gab am 1. Oktober 2013 vor dem Europäischen Parlament bekannt, Google sei stärker als bisher auf seine Bedenken eingegangen. Google hat laut Almunia insbesondere zugesagt, dass die Links zu

konkurrierenden Suchdiensten künftig deutlich sichtbar dargestellt werden.

Wenn Google die jetzt versprochenen Effekte der Öffnung seiner Dienste belegen könne und die Marktteilnehmer positiv darauf reagierten, könne er die Verpflichtungszusagen von Google mit einer formellen Entscheidung im Frühjahr 2014 für rechtsverbindlich erklären. "Ich glaube, dass im Google-Fall der Weg zu einer Einigung die beste Wahl ist", sagte Almunia.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11707_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-768_en.htm

Wirtschaftsfragen / Wettbewerb

1. Zinsniveau bleibt „für längere Zeit“ auf Allzeittief

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beließ den Leitzins am 2. Oktober 2013 bei 0,5 Prozent. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken weiterhin unbegrenzt Liquidität. Die EZB geht davon aus, dass der Leitzins „für längere Zeit“ auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau verharren wird. Die Preissteigerung werde mittelfristig im Einklang mit dem Stabilitätsziel von unter aber nahe 2 Prozent bleiben. Hierzu trage das schwache Wirtschaftswachstum bei. Die Inflationsrate sei von 1,3 Prozent im August auf 1,1 Prozent im September 2013 gesunken.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2013/html/pr131002.de.html>

http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/EZB_Pressemitteilungn/2013/2013_10_02_pressekonferenz.pdf?__blob=publicationFile

2. EU-Kommission begrenzt Marktmacht von Fruchtsaftabfüllern

Die EU-Kommission hat die geplante Übernahme des britischen Fruchtsaftabfüllers

Pride Foods (Handelsname Gerber Emig) durch den niederländischen Konkurrenten Refresco nur unter Auflagen freigegeben. Bedingung für die Freigabe ist die Veräußerung einer der Produktions- und Abfüllanlagen von Gerber Emig in Deutschland. Beide Unternehmen sind in der Herstellung und Abfüllung kohlenstofffreier Erfrischungsgetränke tätig, entweder direkt für den Einzelhandel oder aber in Auftragsfertigung für andere Markenanbieter.

Gerber Emig sowie Refresco haben in Deutschland insbesondere in Bezug auf Fruchtsäfte, Fruchtsaftgetränke, Fruchtnektar und stille Getränke in keimfreier PET-Abfüllung eine starke Marktposition. Des Weiteren hätten die beteiligten Unternehmen in Deutschland eine sehr starke Marktstellung für trinkfertigen Tee in keimfreier PET-Abfüllung innegehabt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-913_de.htm

Terminvorschau

Rat

Rat Umwelt (14. Oktober 2013)

Verringerung der CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen; Änderung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen; Vorbereitung der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Warschau (11.-22. November 2013).

Rat Landwirtschaft und Fischerei (17./18. Oktober 2013)

Marktordnung für Obst und Gemüse.

Europäischer Rat (24./25. Oktober 2013)

Digitale Wirtschaft; Innovation; Dienstleistungen; Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung; Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (14. Oktober 2013)

Sicherheit von Verbraucherprodukten; Marktüberwachung von Produkten; Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der EU; Zahlungskonten; Gemeinschaftsmarke; Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Marken.

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (14. Oktober 2013)

Öffentliche Anhörung „Amtliche Kontrollen der Lebensmittelkette“.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (14. Oktober 2013)

Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union; Elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt; Freisetzung des Cloud-Computing-Potenzials in Europa.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (14. Oktober 2013)

Anhörung zu Internetspionage des amerikanischen Geheimdienstes NSA.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (14. Oktober 2013)

Versicherung gegen Naturkatastrophen und von Menschen verursachte Katastrophen.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (14. Oktober 2013)

Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums.

Rechtsausschuss (14. Oktober 2013)

Abgaben für Privatkopien; Gemeinschaftsmarke; Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Marken.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (17. Oktober 2013)

Sicherheit von Verbraucherprodukten; Marktüberwachung von Produkten; Problemlösungsmechanismus SOLVIT; Europäischer Aktionsplan für den Einzelhandel; Maßnahmen zur Bekämpfung der Nahrungsmittelkrise und des Betrugs in der Lebensmittelversorgungskette; Anwendung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken; Europäischer Binnenmarkt der elektronischen Kommunikation; Pauschal- und Bausteinreisen.

Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (17. Oktober 2013)

Qualität von Kraftstoffen und Energie aus erneuerbaren Quellen (indirekte Landnutzung); Biozidprodukte; Änderung der Richtlinie über Honig; Nahrungsmittelkrise, Betrug in der Nahrungskette und die entsprechende Kontrolle.

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (17. Oktober 2013)

Offenlegung nichtfinanzieller und die Diversität betreffender Informationen durch bestimmte große Gesellschaften und Konzerne; Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik; Vorschriften für Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der EU.

Fischereiausschuss (17. Oktober 2013)

Tiergesundheit; Prävention und Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten.

Ausschuss für Kultur und Bildung (17. Oktober 2013)

Barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen; Vorbereitungen auf eine vollständige Konvergenz der audiovisuellen Welt, Europäisches gastronomisches Erbe; kulturelle und bildungsspezifische Aspekte;

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (21. Oktober 2013)

Abstimmung über die Datenschutz-Grundverordnung.

Plenum (21. bis 24. Oktober 2013)

Wohnimmobilienkreditverträge; Irreführende Vermarktungspraktiken; Gefahren einer Exposition gegenüber ionisierender Strahlung; Sicherheit der Patienten; Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte; In-vitro-Diagnostika; Medizinprodukte; Programm für Umwelt- und Klimapolitik; Klimakonferenz der Vereinten Nationen (Anfragen); Allgemeines Umweltaktionsprogramm der EU für die Zeit bis 2020; Elektronische Kommunikationsmittel; Aussetzung des SWIFT-Abkommens infolge der Überwachung durch die NSA.

Europäische Kommission

Wöchentliche Kollegiumssitzung (16. Oktober 2013)

Orientierungsdebatte: ökonomische Agenda für den Herbst; Vertragsverletzungsverfahren (förmliche Annahme am 17. Oktober 2013).

Wöchentliche Kollegiumssitzung (22. Oktober 2013)

Arbeitsprogramm der Kommission für 2014.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (16./17. Oktober 2013)

Bestimmung ausstehender Maßnahmen zur Binnenmarktakte; Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 2012; Schadensersatzklagen nach einzelstaatlichem Recht wegen Zuwiderhandlungen gegen wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der Mitgliedstaaten und der EU; Für einen nachhaltigeren Konsum: die Lebensdauer von Industrieprodukten und die Verbraucherinformation zugunsten

eines neuen Vertrauens; Das internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015: Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020; Strategische Leitlinien für die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU; Grüne Infrastruktur (GI) – Aufwertung des europäischen Naturkapitals; Eine EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel; Höchstwerte an Radioaktivität in Nahrungs- und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-218/12 (17. Oktober 2013)

Gerichtliche Zuständigkeit bei Verbraucherverträgen wenn ein ausländischer Händler zwar in einem Nachbarland per Internetauftritt geworben hat, diese Werbung für den Kauf aber nicht ursächlich war.

Schlussanträge in der Rechtssache C-616/11 (24. Oktober 2013)

Zulässigkeit von Bearbeitungsentgelt bei Zahlung per Zahlschein oder Telebanking gemäß der Zahlungsdienste-Richtlinie.

Newsletter verfasst von Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)